



Johannes Schmitt

„Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen“!

Die deutschen Bischöfe und der Zweite Weltkrieg

1. September 1939:

Deutschlands Krieg um Hegemonie und Weltherrschaft

Am 1. September jährte sich zum 75. Male der Beginn des Zweiten Weltkrieges, der oft schönerfärberisch oder harmlos verschleiernd als „Ausbruch“ bezeichnet wird. Schon vielen Zeitgenossen war klar, was heute weitgehend als Konsens der zeitgeschichtlichen Forschung gilt, dass Hitler, die NS-Führung und die diesen gehorchende Wehrmacht den völkerrechtswidrigen Überfall auf Polen von langer Hand geplant und propagandistisch vorbereitet hatten und sogar durch inszenierte Scheinüberfälle zu motivieren suchten. Die militärische Aggression gegenüber Polen stellte keineswegs eine Wende in der auf Expansion angelegten Außenpolitik des Dritten Reiches dar, allenfalls wurde nun vor aller Weltöffentlichkeit manifest, was die von nationalsozialistischen Doktrinen durchdrungene Außenpolitik seit der Machtergreifung 1933 in Theorie und Praxis bestimmte und, schon für jeden erkennbar, in Hitlers „Mein Kampf“ dokumentiert war: In einem „Blitzkrieg“ – vom Begriff her eine deutsche Erfindung – sollte das militärisch isolierte Polen niedergeworfen und eine Machtbasis für weitere Eroberungen in Osteuropa, für den „Lebensraum im Osten“, gelegt werden, um Deutschland zur europäischen Hegemonie und zur Weltherrschaft zu führen, den Bolschewismus zu liquidieren und – dies ist der Kern der gesamten NS-Ideologie – das Judentum weltweit zu vernichten. Der Kampf und der Krieg, in dem sich qua Naturgesetz der Stärkere, im NS-Jargon die stärkere Rasse, durchsetzt, der von daher auch seine Legitimation als „gerechter Krieg“ erhält, sind zentrale Punkte in der nationalsozialistischen Gesellschaftstheorie und damit auch der außenpolitischen Doktrin. Diese hatte ihre historische Basis in militanten sozialdarwinistischen Anschauungen des Kaiserreiches und dem chauvinistischen Nationalismus als Integrationsideologie weiter Kreise des wilhelminischen Bürgertums. Verstärkt wurde diese Anschauung, so paradox dies vordergründig erscheinen mag, durch das von den Herrschaftseliten traumatisch erfahrene Erlebnis des verlorenen Krieges, durch die „Schmach von Versailles“, den aufgezwungenen „Gewaltfrieden“, dessen Revision – auch auf gewaltsamem Wege – nicht nur Credo der Nationalsozialisten wurde, sondern bis weit in das bürgerliche Lager hinein das politische Denken dominierend in der Weimarer Republik lenkte.

Hätte die katholische Kirche nicht schon in der Weimarer Zeit gegen diese ihrer Botschaft von Liebe und Frieden diametral konträren Ansichten Stellung beziehen, hätte sie sich nach der Machtergreifung nicht gegen die sich verstärkende Militarisierung und offene Kriegsvorbereitung stemmen und schließlich gegen die zunehmend aggressiver werdende, in die militärische Gewaltanwendung einmündende Politik Sturm laufen müssen? All dies ist von der offiziellen Kirche, den kirchlichen Würden- und Herrschaftsträgern, nicht getan worden – eher das Gegenteil.

Bis 1933: Katholischer Patriotismus und Ansätze einer Friedenspolitik

Das Verhältnis der Kirche zum modernen auf Aufklärung und Französischer Revolution auf ruhenden Staat ist seit dem 19. Jahrhundert ambivalent geworden. Von der Theologie her wurden Liberalismus, Sozialismus, auch im weiten Maße Demokratie als „Modernismus“ ver-

urteilt. Gesellschaftstheorie und Staatsauffassung der katholischen Kirche, zumal ihre eigene Organisation, blieben vormodern und eigentlich mittelalterlichen Vorstellungen verpflichtet. Die Kirche war nun als gesellschaftliche Großgruppe im Staat Interessenverband geworden und damit auch gezwungen, auf staatliches Handeln zu reagieren – allerdings nicht mehr mit der historisch obsolet gewordenen Möglichkeit, dieses zumindest wertemäßig zentral zu steuern.

In Deutschland eskalierte dieses neue Verhältnis von Staat und Kirche zum ersten Male konfliktträchtig im Kulturkampf, in dem den als „ultramontan“ denunzierten Katholiken auch nationale Unzuverlässigkeit und Romhörigkeit zum Vorwurf gemacht wurden. Vielen Katholiken, zumal der Hierarchie, blieb dieses Stigma mangelnder nationaler und patriotischer Gesinnung lange Zeit Stachel, der sie anspornte, zumindest verbal durch nationale und patriotische Treuebekundungen den reklamierten Patriotismus einzulösen. Rückhaltlos stellte sich der Episkopat hinter die Aufrufe und Appelle der Reichsleitung im Ersten Weltkrieg, den man als einen den Deutschen aufgezwungenen Verteidigungskrieg darstellte. Auch die Beurteilung des Kriegsausganges als „Schmach von Versailles“ wurde wohl durchgängig vom Episkopat geteilt und die Revision des „Schandfriedens“ als unabdingbar bewertet.

Das Verhältnis der Kirche zur Weimarer Demokratie war stets reserviert, ja teilweise ablehnend, die marxistische Sozialdemokratie und der Liberalismus, die diesen Staat wesentlich mit trugen, wurden dadurch bekämpft, dass man ihnen am Ständestaat orientierte Sozialmodelle entgegenstellte. Die Haltung der Kirche zum Nationalsozialismus, Ende der dreißiger Jahre schon eine militant-aggressive Massenbewegung mit kriegstreibend-chauvinistischen Parolen, schien vordergründig eindeutig: Abgelehnt wurde in mehreren Dokumenten das kirchen- und rassepolitische Programm; aber eher mit Wohlwollen, allerdings kaum öffentlich, wurden Teile der sozialen und politischen Ziele der NS-Bewegung bedacht, insbesondere der mit der offiziellen Kirchenmeinung fast deckungsgleiche Antiliberalismus und Antibolschewismus sogar begrüßt.

Eine katholische Friedensorganisation, in der der Dominikanerpater Franziskus Maria Stratmann und der Priester Max Josef Metzger, der später für seine pazifistische Einstellung verurteilt und ermordet wurde, führend tätig waren, warb in den 20er Jahren im „Friedensbund Deutscher Katholiken“ für eine konsequente, auf Pazifismus hin orientierte Friedenspolitik, die Kriege grundsätzlich aus christlichem Verständnis verurteilte. Kardinal Faulhaber unterstützte als Protektor des Friedensbundes dessen Ziele und setzte sich 1932 anlässlich der Eröffnung der Genfer Abrüstungskonferenz in einer Predigt ein für „militärische Abrüstung“ und „moralische Abrüstung“, gemeint damit war der Abbau des militaristischen Denkens. Es sei zudem aufgrund neuer Tatsachen – angesprochen sind der technische Fortschritt, die Vernichtungsgewalt moderner Waffen und die verheerenden Folgen moderner Kriege – die Frage nach der „Erlaubtheit des Krieges“ überhaupt zu stellen. Auch Bischof Gröber von Meißen, später Freiburg, unterstrich ähnliche Ziele noch deutlicher, als er 1931 in einer Botschaft an den Friedensbund den Zusammenhang von Kriegsrüstung, Hunger und Arbeitslosigkeit herstellte, den Krieg „als eine Kulturschande, einen Massenbrudermord und eine Quelle unsäglichem Elendes“ bezeichnete. Der antifaschistisch orientierte Friedensbund, der gegen Ende der Weimarer Republik etwa 10.000 Mitglieder zählte, wurde von den Nationalsozialisten heftig bekämpft und 1933 von diesen verboten.

1933: Dilemma von Glaubenstreue und Staatsgehorsam

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Januar 1933 gerieten der Episkopat und der deutsche Katholizismus in ein grundlegendes Dilemma: Denn die Nationalsozialisten organisierten aus der Regierung heraus den Reichstagswahlkampf propagandistisch geschickt als modernen Kreuzzug gegen Kommunismus und Liberalismus, für Christentum und Vaterland. Unmittelbar nach dem Ermächtigungsgesetz, das nur durch die Zustimmung des Zentrums möglich geworden war, lockerten die Bischöfe die Verbote, Warnungen und Vorbehalte gegenüber dem Nationalsozialismus und forderten die Gläubigen zur „Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit“ auf. Die Kirche suchte zunächst die Koexistenz mit dem Nationalso-

zialismus, wobei allerdings einzelne Theologen Verbandsvertreter und auch Bischöfe bis zu einer Anbiederung gingen. Man intendierte ein solides Arrangement mit dem „neuen“ Staat, zumal ja Hitler jeden möglichen anfänglichen Widerstand auch dadurch geschickt unterband und verzögerte, dass er dem Vatikan sofort Konkordatsverhandlungen anbot. Das im Sommer besiegelte Konkordat, das auch die Anerkennung des NS-Regimes durch den Vatikan einschloss, hatte eine der Öffentlichkeit vorenthaltene Geheimklausel, die Regelungen für den Fall vorsah, dass das Deutsche Reich die allgemeine Wehrpflicht einführt. Im Jahre 1933 wurde, für die weitere Zukunft verhängnisvoll, die Haltung der Kirche zum nationalsozialistischen Staat ausgeformt und fixiert: Wie ein roter Faden zieht sich durch kirchliche Verlautbarungen dieses Jahres ein positives Bekenntnis zur „neuen Ordnung“, zur „nationalen Erhebung“, zum Kampf gegen den zersetzenden Liberalismus und den gottlosen Bolschewismus für Christentum und Sittlichkeit, und das, obwohl NS-Terrormaßnahmen das totalitäre, unchristliche und antichristliche Antlitz des Staates immer deutlicher enthüllten, die braune Diktatur zunehmend Gestalt annahm, Verbände, Parteien und Organisationen gleichgeschaltet oder vernichtet wurden, nach und nach auch das erst geschlossene Konkordat ausgehöhlt wurde.

1933-1939: „Treue zu Führer, Volk und Vaterland“

Dieses Dilemma von Glaubenstreue und Staatsgehorsam, in das die Kirche nun vollends geriet, wird wohl am deutlichsten in der Haltung der Kirche zur nationalsozialistischen Außenpolitik erkennbar. Schon im Juni 1933 hatten die Bischöfe sich in einem Hirtenbrief gegen den Versailler Vertrag ausgesprochen und bedauert, „daß die Siegernationen in verblendeter Selbstsucht die Gerechtigkeit hintan setzen und durch eine ungeheuere Belastung der deutschen Schultern das mannigfache Elend vermehren.“ Sie schlugen eine friedliche Revision des Vertrages vor und schienen damit durchaus auf der Linie der neuen Reichsregierung zu liegen, die seit 1933 verbal und rhetorisch geschickt auf friedlichem Wege die Beseitigung des „Versailler Schandvertrages“ propagierte, allerdings zugleich auch, der Öffentlichkeit weitgehend verborgen, alle wirtschaftlichen und rüstungspolitischen Maßnahmen einleitete und forcierte, um Deutschland in kürzester Zeit kriegsfähig werden zu lassen.

Auch der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wurde von Bischöfen begrüßt, um, wie Kardinal Bertram formulierte, keinen „Mangel an patriotischem Sinn“ erkennen zu lassen. Die Verlautbarung der bayerischen Bischöfe, von Kardinal Faulhaber verfasst, fußte auf dem Bekenntnis, „der Treue zu Volk und Vaterland“ und auf dem „Einverständnis mit den weit-schauenden und kraftvollen Bemühungen des Führers, dem deutschen Volk die Schrecken des Krieges und die Greuel des Bolschewismus zu ersparen“. Als das Deutsche Reich unter Bruch des Versailler Vertrages 1935 die allgemeine Wehrpflicht einführt, fand dies die Zustimmung des Erzbischofs Gröber von Freiburg, der 1931 noch „Kriegsrüstung“ als „Explosivstoff“ bezeichnet und sich für Abrüstung ausgesprochen hatte: „Neu aufgerüstet steht nun das Reich in den Reihen der Völker wieder da, und statt der Unehre, die seit dem Versailler Frieden den deutschen Namen befleckte, sieht sich die Welt einem geschlossenen, aufwärtsstrebenden und machtbetonten Staat gegenüber.“ Begrüßt wurde auch der Bruch des Locarnovertrages durch die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes, ja, Graf Galen, Bischof von Münster, dankte in diesem Zusammenhang Hitler für alles, „was er zur Ehre des deutschen Volkes getan habe“, und flehte „den Segen des allmächtigen Gottes auf Hitlers weitere Pläne“ herab.

Dies hatte wohl auch Geltung bei der Beurteilung des Spanischen Bürgerkrieges, in den Deutschland seit 1936 auf Seiten der Faschisten militärisch eingriff und den es als Feldzug und Kreuzzug gegen den gottlosen Bolschewismus propagandistisch herausstellte. Der Hirtenbrief des Episkopats von 1936/37 zollte in diesem Zusammenhang der Außenpolitik Hitlers hohes Lob, und die Bischöfe hielten es für ihre Pflicht, „das Oberhaupt des Deutschen Reiches in diesem Abwehrkampf mit allen Mitteln zu unterstützen, die ihnen aus dem Heiligtum zur Verfügung stehen.“ Als der Krieg 1939 mit dem Sieg der faschistischen Internationale endete, wandte sich Graf Galen in einem eigenen Hirtenwort an seine Diözesanen, um „mit dem heldenhaften und befreiten spanischen Volk in den Jubel“ einzustimmen „und in den

Dank gegen Gott, der den tapferen Kämpfern gegen die Scharen des Antichrists den Sieg geschenkt hat.“ Damit hatte der Episkopat ausdrücklich zum ersten Male seine Zustimmung zu einer militärischen Auseinandersetzung gegeben, wehrte sich allerdings dagegen, zu einem Krieg aufgerufen zu haben, sondern betonte, er suche nur alle „geistigen und moralischen Waffen“ zusammenzufassen, und „das Vertrauen zum Führer“ zu stärken.

Auf dieser seit 1933 gezogenen eindeutigen Linie blieb der Episkopat auch, als die Außenpolitik des Deutschen Reiches zunehmend aggressiver auf Expansion ausgerichtet wurde. Hitler erhielt Zustimmung vom katholischen Episkopat, als er Österreich annektierte, das Sudetenland anschloss und die Tschechoslowakei zerschlug. Das bayerische Klerusblatt stimmte in die Glückwünsche zu Hitlers 50. Geburtstag ein, indem es, der NS-Terminologie sehr nahe, den Führer preisen ließ: „Die im Haßfrieden von Versailles uns auferlegte Fron ist zerbrochen, der Lebensraum des deutschen Volkes hat sich erweitert (...) in Gottes heiliger Vorsehung hat es gelegen, daß ihm die Führung des deutschen Volkes in entscheidender Stunde anvertraut wurde.“

1939-1945: „Gehorsam gegen den Führer, opferwillig (...) ihre Pflicht zu tun“

In diesem Kontext wird auch deutlich, dass der Episkopat kaum noch aus diesem seit 1933 aufgebauten Handlungszusammenhang aussteigen konnte, als Hitler mit dem Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg herbeiführte, dass also die Frage nach der Legitimität dieses Krieges nicht mehr gestellt werden konnte, da die Bischöfe sich politisch und intellektuell, ja teilweise bis in die Rhetorik hinein zu tief auf die NS-Außenpolitik und ihre Begründung in der Öffentlichkeit eingelassen hatten, auch um gegenüber den Machthabern kein patriotisches Defizit erkennen zu lassen. Niemand stellte in der Öffentlichkeit auch nur im Ansatz die Frage, ob dieser Krieg nach theologischer, seit Jahrhunderten diffizil aufgebauter Lehrmeinung als gerechter Krieg bezeichnet werden konnte, dessen Führung die katholische Moraltheologie allein als legitim ansieht. Eine Erklärung für dieses Schweigen zur Frage des gerechten Krieges ist in der 1935 publizierte Schrift „Kirche, Vaterland und Vaterlandsliebe“ von Erzbischof Gröber von Freiburg zu finden, der diese Frage den staatlichen Machträgern allein überantwortete: „Die katholischen Theologen haben immer den gerechten vom ungerechten Krieg unterschieden, und es niemals in den Urteilsbereich des einzelnen mit all seinen Kurzsichtigkeiten und Gefühlsstimmungen gelegt, im Kriegsfall die Erlaubtheit oder das Unerlaubtsein zu erörtern, sondern die letzte Entscheidung der rechtmäßigen Autorität überlassen.“ Damit waren 1939 auch die Hierarchen einer Entscheidung enthoben: Gröber war einer der ersten, der bei Kriegsbeginn aufforderte, dass „wir mit Gottes Kraft und Christi Trost den Krieg ertragen und unsere Pflicht in Ehrenhaftigkeit, Geschlossenheit und Treue erfüllen wollen, ob wir nun im Felde stehen oder in der Heimat verbleiben.“ Wenige Tage nach Kriegsbeginn legte der Gesamtepiskopat in einem gemeinsamen Hirtenbrief seine Einstellung zum Kriegsbeginn fest, die bis 1945 Leitlinie des Handelns wurde, von der man nicht mehr abwich, weil man es nicht wollte und wohl auch nicht mehr konnte: „In dieser entscheidungsvollen Stunde ermuntern und ermahnen wir unsere katholischen Soldaten, in Gehorsam gegen den Führer, opferwillig unter Hingabe ihrer ganzen Persönlichkeit ihre Pflicht zu tun. Das gläubige Volk rufen wir auf zu heißem Gebet, daß Gottes Vorsehung den ausgebrochenen Krieg zu einem für Vaterland und Volk segensreichen Erfolg und Friede führen möge.“ Bischof Kumpfmüller von Augsburg, Bischof Bornewasser von Trier und Bischof Ehrenfried von Würzburg forderten in eigenen Erklärungen zu „Treue“, „Dienst am Volk“ und Pflichterfüllung auf. Sie wurden darin noch vom Feldbischof Barkowski übertroffen, der, zur moralischen und geistlichen Betreuung der Soldaten bestellt, seine Botschaft an die kämpfenden Katholiken richtete, und zwar „in ernster Stunde, da unser deutsches Volk die Feuerprobe der Bewährung zu bestehen hat, und zum Kampf um seine natürlichen und gottgewollten Lebensrechte eingetreten ist.“ Zu einer religiösen Begründung, die allerdings vom Nazi-Vokabular infiziert war, verstieg sich das in der Verantwortung des Erzbischofs Bertram von Breslau stehende Diözesanblatt, das in dem Krieg einen Kampf Deutschlands „für seine Selbsterhaltung“ und „für eine gerechte Verteilung des unerläßlichen Lebensraumes“ sah.

Das Reich kämpfe „einen heiligen Krieg, der nicht geht um die bloße Wiedereroberung und den Wiederbesitz entrissener Gebiete, sondern um das Höchste auf Erden: um ein Leben nach Gottes Geheiß.“

Als die Wehrmacht des Deutschen Reiches 1940 Dänemark und Norwegen besetzte, Belgien, Holland und Luxemburg überfiel, schwiegen die Bischöfe zu dieser eklatanten Verletzung des Völkerrechts, obwohl Pius XII. den Überfall auf Belgien, Holland und Luxemburg ausdrücklich missbilligt hatte. Als schließlich Frankreich besiegt war, läuteten auf Geheiß der Bischöfe die Kirchenglocken. Erzbischof Schulte dankte Gott für den Sieg. Bischof Bornewasser rühmte die Wehrmacht, die einen Erfolg errungen habe, „wie ihn die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat“, und verordnete eine Messe zum Waffensieg.

Die Zustimmung des Episkopats steigerte sich noch mit dem Einfall in die Sowjetunion, denn schon seit den frühen dreißiger Jahren und seit dem spanischen Bürgerkrieg war der Kampf gegen den Bolschewismus gemeinsames Ziel von Nationalsozialisten und deutschem Episkopat: Kardinal Faulhaber forderte die Gläubigen zum Opfer auf, „wenn es notwendig geworden ist zu einem glücklichen Ausgang des Krieges und zur Überwindung des Bolschewismus. Schrecklich ist das Bild des Bolschewismus, wie es unsere Soldaten kennenlernen. Gewaltig und furchtbar ist das Ringen gegen diesen Weltfeind“. Bischof Rackl von Eichstätt sah in dem Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion einen „Kreuzzug, einen heiligen Krieg für Heimat und Volk, für Glauben und Kirche, für Christus und sein hochheiliges Kreuz.“ Erzbischof Jaeger von Paderborn näherte sich sogar der nationalsozialistischen Theorie vom „slawischen Untermenschen“ als er Russland als das Land bezeichnete, dessen Einwohner „durch ihre Gottesfeindlichkeit und durch ihren Christushaß fast zu Tieren entartet sind“. Auch als den Bischöfen deutlich sein musste, dass der Ostfeldzug als Vernichtungsfeldzug gegen Bolschewismus und slawisches „Untermenschentum“ angelegt war, in dem hinter der Front Einsatzkommandos aus SS, Polizei und Wehrmacht systematisch Menschen vernichteten, waren keine klar warnenden und deutlich anklagenden Stimmen zu hören. Allenfalls wandte sich 1943 ein Hirtenbrief zum Dekalog in allgemeiner Form an die Gläubigen, indem er die Abhängigkeit jeder Autorität von Gott noch einmal betonte und den gerechten Krieg zur Abwehr eines Feindes herausstellte, allerdings auch den Mord „an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegsgefangenen“ als Sünde bezeichnete. Aber in seinem ersten Absatz sprach der Hirtenbrief auch die „tapferen Soldaten“ an, die „auf allen Fronten“ stünden, „um uns mit einem starken Wall gegen die Feinde zu umgeben“, und gedachte auch der „toten Helden“, die „in ihrem Herzen die größte Liebe hatten: ‚Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen.‘“

Auch als sich eine Niederlage des Deutschen Reiches immer offenkundiger abzeichnete, rechtfertigte Kardinal Faulhaber die Haltung der Kirche noch damit, daß niemand „in seinem Inneren einen unglücklichen Ausgang des Krieges auch nur wünschen“ könne. Jeder wisse, dass „in diesem Fall die staatliche und kirchliche Ordnung, überhaupt jede Ordnung, vom russischen Chaos umgeworfen würde“. Noch im Januar 1945, als kaum jemand mehr an den „Endsieg“ glaubte, formulierte Erzbischof Jaeger die Durchhalteparolen gegen die Feinde Deutschlands: „Liberalismus und Individualismus auf der einen, der Kollektivismus auf der andren Seite.“

Episkopat und Weltkrieg: Nationalismus, Staatstreue, Antibolschewismus

Das von den Bischöfen in den Hirtenbrief zum Dekalog aufgenommene Diktum: „Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen“ enthüllt mit deutlicher Klarheit das grundlegende Dilemma, in das der deutsche katholische Episkopat in Bezug auf die Außenpolitik und den Krieg zwischen 1933 und 1945 geraten war. Die Bischöfe hatten sich kritiklos hinter die nationalistischen Parolen gestellt, insofern keine Lehren aus der Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts gezogen, in denen diese Form eines aggressiven, zuweilen chauvinistischen Nationalismus Kriege mit verursachte und die internationalen Beziehungen tief belastete. Die Ansätze zu einer Friedenspolitik, wie sie in Äußerungen von Kardinal Faulhaber und Erzbischof Gröber vor 1933 erkennbar wurden, waren nach der NS-Machtergreifung Makulatur

geworden. Zu schnell, zu kritiklos und ohne Vorbehalte waren die Bischöfe auf die außenpolitischen Leitlinien der neuen Reichsregierung eingeschwenkt, bejahten deren Ziele und Methoden auch noch, als Verträge und Abkommen gebrochen und Völkerrecht eindeutig verletzt wurde. Ihr Verständnis von der rechtmäßigen von Gott gesetzten Obrigkeit, der zu gehorchen war, wurde auch nicht einmal im Ansatz kritisch reflektiert, als die NS-Außenpolitik zunehmend aggressiver wurde, mit militärischer Gewalt drohte und schließlich den Weltkrieg herbeiführte. Gestärkt wurde der Episkopat in seiner positiven Haltung zur NS-Außenpolitik durch den bekundeten militanten Antikommunismus und den Antibolschewismus der nationalsozialistischen Führung, die militärisch in den Spanischen Bürgerkrieg eingriff.

Als der Weltkrieg begann, war die Haltung schon festgelegt, eine Beurteilung des Krieges nach den moraltheologischen Kriterien eines gerechten Krieges wurde nicht angestellt; im Gegenteil, die Gläubigen wurden aufgefordert, bedingungslos und ohne Skrupel der Obrigkeit und dem Vaterland gegenüber treu die Pflicht zu erfüllen, auch als Völker überfallen und die Vernichtung der Juden ins Werk gesetzt wurde.

Nur wenige Katholiken, acht hat die zeitgeschichtliche Forschung ermittelt, haben aus Gewissensnot, zuweilen gegen kirchliche Ermahnung und Belehrung, den Waffendienst verweigert. Sie sind bis auf einen wegen ihres Glaubens verurteilt und hingerichtet worden. Auch der Priester Max Josef Metzger wurde vom Volksgerichtshof 1943 zum Tode verurteilt, weil er sich für ein „demokratisch-pazifistisches“ Deutschland einsetzte. Sie haben Zeugnis für den Glauben abgelegt.